

## Protokoll

2. (öffentliche) Sitzung

14. Januar 2015

Potsdam - Haus des Landtages

10.00 Uhr bis 12.30 Uhr

**Vorsitz:** Ralf Holzschuher (SPD)

**Protokoll:** Petra Barris

**Anwesende Ausschussmitglieder:** Helmut Barthel (SPD)  
Frank Bommert (CDU)  
Ralf Holzschuher (SPD)  
Dierk Homeyer (CDU)  
Matthias Loehr (DIE LINKE)  
Björn Lüttmann (SPD)  
Christina Schade (AfD)  
Heide Schinowsky (GRÜNE/B90)  
Uwe Schmidt (SPD)  
René Wilke (DIE LINKE)

**Datum der Ausgabe:** 06.03.2015

**Tagesordnung:**

1. Bericht des Ministers für Wirtschaft und Energie zum aktuellen Stand der Bewilligung der EFRE-Operationellen Programme durch die Europäische Kommission
2. Bericht des Ministers für Wirtschaft und Energie zu geplanten Maßnahmen im touristischen Radwegebau
3. Bericht des Ministers für Wirtschaft und Energie zum Vergabegesetz:
  - Einschätzung zur Einhaltung der gesetzlichen Regelungen
  - Einschätzung zu den bürokratischen und finanziellen Belastungen
  - Darstellung des Mittelabrufs der Kommunen im Vergleich zu den eingeplanten Mitteln
  - Einschätzung der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt
4. Bericht des Ministers für Wirtschaft und Energie zur Errichtung der Grubenwasserbehandlungsanlage (GWBA) am Tagebau Welzow-Süd
5. Bericht des Ministers für Wirtschaft und Energie zur Errichtung einer Schlichtungsstelle für Betroffene von Schäden durch den Bergbau
6. Information des Ministers für Wirtschaft und Energie zu aktuellen Entwicklungen im RWK-Prozess
7. Bericht des Ministers für Wirtschaft und Energie zum Verkauf der Kohlesparte des Vattenfall Konzerns

in Verbindung mit

Interessen des Landes Brandenburg bei einem Verkauf der Braunkohlensparte von Vattenfall

8. Verschiedenes
  - 8.1 Beschlussfassung gemäß §83 Satz 3 der vorläufigen GOLT über die Richtigkeit des Protokolls der 1. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie
  - 8.2 Schreiben des Instituts für Wärme und Oeltechnik vom 7. Januar 2015

- 8.3 Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie, des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landtages Brandenburg und der beiden Spiegelausschüsse des Abgeordnetenhauses von Berlin
- 8.4 Bericht des Ministers für Wirtschaft und Energie in Bezug auf die erfolgreiche Bundesratsinitiative der Länder Brandenburg und Baden-Württemberg zum Deutschen Filmförderpreis

### Aus der Beratung:

Der **Vorsitzende** eröffnet die 2. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie und wünscht allen Abgeordneten und Gästen ein erfolgreiches, gesundes und spannendes Jahr 2015.

Zur Tagesordnung werde erklärt, dass es den Wunsch des Ministers gebe, eine Information zur erfolgreichen Bundesratsinitiative der Länder Brandenburg und Baden-Württemberg zum Deutschen Filmförderpreis zu geben. Es werde vorgeschlagen, diesen Punkt unter Verschiedenes aufzunehmen.

Der Abgeordnete **Loehr** (DIE LINKE) trägt vor, dass der Tagesordnungspunkt 7 "Verkauf der Braunkohlensparte von Vattenfall" in einem öffentlichen Sitzungsteil beraten werde.

Dazu erklärt Abgeordneter **Homeyer** (CDU), dass der Verkauf eines Unternehmens auch sensible Daten enthalte und von daher in einem nicht öffentlichen Teil beraten werden sollte.

**Minister Gerber** erklärt, dass aus seiner Sicht der Tagesordnungspunkt öffentlich beraten werden könne.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, dass, wenn sich während der Beratung vertrauliche Fragen ergeben sollten, ad hoc in eine nicht öffentliche Sitzung übergegangen werde.

Diesem Vorschlag stimmen die Abgeordneten zu und beschließen einstimmig die Tagesordnung in der veränderten Fassung.

**Zu TOP 1: Bericht des Ministers für Wirtschaft und Energie zum aktuellen Stand der Bewilligung der EFRE-Operationellen Programme durch die Europäische Kommission**

**Minister Gerber** schließt sich den Wünschen des Vorsitzenden an und wünscht den Abgeordneten alles Gute für das neue Jahr, aber auch eine erfolgreiche politische Arbeit.

Inhaltlich führt der Minister aus, dass das Operationelle Programm (OP) EFRE nach einem langjährigen Diskussionsprozess in der Europäischen Kommission und innerhalb des Landes genehmigt wurde und eine Laufzeit bis 31.12.2023 hätte. Diese Laufzeit beinhalte die sogenannte „n+3-Regelung“. Das Hauptziel der OP sei die Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Region zur Schaffung selbsttragender Wirtschaftsstrukturen. Dabei gebe es drei thematische Prioritätsachsen und eine sogenannte Mischachse mit verschiedenen Themengebieten. Die Unterteilung des Landes Brandenburg in zwei Fördergebiete falle weg.

EFRE habe insgesamt ein Volumen von 846 Millionen Euro, hinzu kämen 20 % nationale Kofinanzierung (bisher 25 %). Die gesamten Daten seien auch auf der Internetseite [www.efre.brandenburg.de](http://www.efre.brandenburg.de) nachlesbar. Von der Europäischen Union sei eine Konzentration auf thematische Schwerpunkte vorgegeben worden. Bei dem sogenannten Partnerschaftsprinzip seien bei der Erstellung alle wichtigen Akteure auf Landes- und regionaler Ebene mit einzubeziehen.

Neu sei, dass gegenüber der letzten Förderperiode nur noch 56 % der Mittel für den EFRE-Bereich bereitstünden. Das liege daran, dass Brandenburg nicht mehr Höchstfördergebiet sei. In der vergangenen Förderperiode seien rund 25 % des Gesamtvolumens des EFRE für Forschung, Entwicklung und Innovation vorgesehen gewesen. Dieser Anteil wurde in der neuen Förderperiode auf 41 % erhöht. Insgesamt werde es weniger Förderrichtlinien geben. Vor allem werde die Infrastrukturförderung stark eingeschränkt und die touristische Infrastruktur sei ganz rausgefallen.

Es seien vier Schwerpunkte definiert worden:

- Stärkung der angewandten Forschung, Entwicklung und Innovation,
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen,
- Bestrebungen zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emission in allen Branchen der Wirtschaft und
- Integrierte Entwicklung von städtischen und ländlichen Räumen.

Mit den zur Verfügung stehenden EFRE-Mitteln im ersten Schwerpunkt werde vor allem das Programm „ProFIT“, das es seit letztem Sommer gebe und das die Förderung von Forschung, Innovationen und Technologien beinhalte, befördert. Darüber hinaus werde eine Förderung des Clustermanagements und des Technologietrans-

fers in Clustern erfolgen. An Forschung und Innovationen werde sich auch das MWFK beteiligen, da insgesamt 120 Millionen Euro aus dem EFRE-Bereich für Forschung, Entwicklung und die Stärkung der technologischen und anwendungsnahen Forschungen in Wissenschaftseinrichtungen zur Verfügung stehen.

Durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU werden weiterhin Innovationsprozesse, Existenzgründungen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit - Stichwort „Markterschließung“ - unterstützt werden.

Das MASGF, das auch einen Teil des EFRE erhalte, werde sich auf Neugründungen und die Übernahme innovativer Unternehmen konzentrieren.

Bei CO<sub>2</sub>-Minderung werde eine Konzentration auf Forschung, Entwicklung und Pilotvorhaben zum Thema „Speicherkapazitäten und Steuerungssysteme“ erfolgen. Das RENplus-Programm werde dazu entsprechend umgearbeitet werden.

Gene119y

Die Frage der Speicherkapazitäten sei eine der größten Fragen bei der Energiewende, ohne die diese nicht gelingen könne, aber auch die Fragen der Energieeffizienz und der energetischen Maßnahmen in öffentlichen Gebäuden. Energetische Maßnahmen im Quartier werden vom MIL im Stadt-Umland-Wettbewerb realisiert. Hinzu kämen Maßnahmen der Deponiesanierung, die vom MLUL umgesetzt würden. Beim Thema Stadt-Umland-Wettbewerb seien besonders aus Sicht des MWE die Brachflächen- und die Konversionsflächensanierung von Interesse. Abschließend werde nochmals betont, dass alles ausführlich auf der Internetseite nachgelesen werden könne.

Abgeordneter **Homeyer** (CDU) fragt einleitend, wo die Programme genehmigt worden seien und wie das in der Praxis umgesetzt werde. Weiter sei von Interesse, wie sich die Ministerien auf diese Programme synchronisieren und wie das gesamte Verfahren anlaufe. Bedeutet es auch, dass jetzt erst die Richtlinien angepasst werden müssen. Wann sei davon zu sprechen, dass die Projekte laufen. Abschließend werde nachgefragt, wie das Land die insgesamt 846 Millionen Euro aus EFRE kofinanzieren wolle. Werde es überhaupt eine Kofinanzierung geben; darüber sei in der letzten Wahlperiode häufig gestritten worden.

**Minister Gerber** erklärt zur letzten Frage, dass sich die Koalition vorgenommen habe, die Kofinanzierung möglichst sicherzustellen. Jetzt sei das MWE dabei, die einzelnen Richtlinien an das neue OP anzupassen. Einige seien das bereits, so zum Beispiel das Programm ProFIT. Kürzlich sei die Markterschließungsrichtlinie fertiggestellt worden. In Arbeit sei derzeit das RENplus-Programm, wo eine Ausweitung auch im Volumen erfolge. Unter Beachtung der Ziele, wie zum Beispiel beim Thema Energiewende, werde sehr genau betrachtet, um einen passgenauen Stand zu haben. Dabei finden sowohl die Ziele der Europäischen Union als auch landespolitische Vorgaben ihren Niederschlag.

Bis Anfang 2015 werden die Richtlinien schrittweise überarbeitet und in Kraft gesetzt werden.

Abgeordneter **Homeyer** (CDU) stellt die Nachfrage, wann die Unternehmen und Institutionen auf die Programme zugreifen können. Weiter sei vom Minister erklärt worden, dass wichtige Projekte nicht umsetzbar gewesen seien, wie beispielsweise die touristische Infrastruktur. Um welche Projekte handele es sich dabei, wo habe sich das Land nicht durchsetzen können. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die touristische Infrastruktur, die jetzt nicht über EFRE gefördert werden könne.

Welche Projekte habe das Land Brandenburg aus dem sogenannten 30 Milliarden-Investitionsprogramm der Europäischen Union bei der Bundesregierung beantragt, um von diesem Investitionsprogramm profitieren zu können. Nach seinem Kenntnisstand bei keinem Projekt. Dazu werde um kurze Ausführungen gebeten.

**Minister Gerber** ergänzt, dass den Unternehmen die Grundlagen aus der alten Förderperiode bekannt seien, da ja nicht generell Neues erfunden werde. Im Laufe des 1. Halbjahres werden die letzten Richtlinien überarbeitet sein.

Zur Tourismusförderung werde ergänzt, dass das nicht nur das Land Brandenburg betreffe, sondern eine generelle Haltung der Europäischen Union sei. Dazu habe das Land eine andere Auffassung vertreten. Für touristische Vorhaben stehe weiterhin das GRW-I zur Verfügung und hier speziell für den Radwegebau. Damit seien auch weiterhin touristische Vorhaben möglich und der Tourismus könne selbstverständlich weiter aus diesen Mitteln - Bund-Länder-Finanzierung - gefördert werden.

Zum Thema des europäischen Investitionsprogramms habe es intensive Gespräche seitens der ZukunftsAgentur Brandenburg (ZAB) mit den Unternehmen und ein Gespräch mit der Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Frau Yzer, gegeben. Dabei seien gemeinsame Initiativen verabredet worden. Auch mit Herrn Dr. Ehler vom Europaparlament habe es ein intensives Gespräch gegeben. Es sei nicht so, dass Maßnahmen bei der Bundesregierung beantragt werden, sondern die Unternehmen bzw. Unternehmensverbände haben es direkt mit der Europäischen Kommission zu verabreden.

Durch die Abgeordnete **Schinowsky** (GRÜNE/B90) werden Fragen zum Bereich Forschung und Entwicklung und zum Bereich Nachhaltigkeit angemeldet. In der Europäischen Union gebe es für das Jahr 2020 das Ziel, 3 % des Bruttoinlandprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben. Aktuell liege Brandenburg bei 1,7 %. Welches Ziel habe der Minister für das Ende der Legislaturperiode verbunden mit der Benennung einer konkreten Zahl. Welche konkreten Maßnahmen gebe es vonseiten der Landesregierung, um dieses Ziel zu erreichen.

Als ein weiterer Punkt werde auf die Nachhaltigkeit im EFRE hingewiesen. Eingangs sei darauf verwiesen worden, dass die Landesnachhaltigkeitsstrategie der tragende

Rahmen sei, den zu verankern versucht werde. Es gebe ein paar Punkte, wo das nicht sehr umfassend integriert zu sein scheint. So heißt es zum Beispiel, dass bei der Bewertung der Projektanträge die Umweltauswirkungen geprüft werden sollen. Daraus ableitend ergebe sich die Frage, warum nur bei Projektanträgen und nicht insgesamt. Anhand welcher Kriterien solle die Prüfung erfolgen. Angedeutet wurde, dass das Indikationsprinzip geprüft werde. Ausführungen werden zu den inhaltlichen Kriterien erbeten, wie verbindlich diese sein sollen. Was spreche dagegen, das Ziel für Nachhaltigkeit, was von der Europäischen Union komme, stärker in die Programme einfließen zu lassen, also die Programme insgesamt auf Nachhaltigkeit auszurichten. Es sei insgesamt wünschenswert, dass Nachhaltigkeit das Kriterium dafür sei, ob etwas genehmigt werden könne.

Als letzte Frage werde auf den Begleitausschuss verwiesen, in dem ein Vertreter des MLUL sein solle. Allerdings werde die Frage aufgeworfen, warum da keine Vertreterin/Vertreter von Umweltverbänden mit berufen werden solle.

**Minister Gerber** erklärt zu den 3 % Bruttoinlandprodukt, dass das nicht nur ein Thema des MWE, sondern des gesamten Landeshaushalts sei. Mit dem OP sei das Land ein ganzes Stück näher daran. Ein großer Teil werde für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben ausgegeben. Es gebe eine erhebliche prozentuale Verschiebung innerhalb des EFRE zu Innovation und zu anwendungsnaher Forschung, Entwicklung und Wissenstransfer von Wissenschaftseinrichtungen, vor allem zu KMU. Durch das MWE werde schon ein erheblicher Teil geleistet. Das andere Thema betreffe die Landespolitik und den gesamten Landeshaushalt. Wenn keine neuen Kredite aufgenommen werden sollen, müsse eine Umschichtung bzw. eine Einsparung erfolgen. Das werde in der Generaldebatte zum Landeshaushalt 2015/2016 in der 1. Lesung seinen Niederschlag finden.

Im EFRE seien jetzt 20 % der Mittel für CO<sub>2</sub>-Minderungsmaßnahmen im weitesten Sinne vorgesehen, die von der Entwicklung von Speichertechnologie über Deponiesanierung bis zum Moorschutzprogramm gehen. Der Bereich Effizienz und Nachhaltigkeit spiegele sich in Teilen des EFRE bei der Forschung und Entwicklung wider. Viele Unternehmen brauchen ressourcen- und energiesparende Produktionsprozesse, weil diese Faktoren zunehmend zu einem größeren Kostenblock werden und der Anteil der Lohnkosten in vielen Unternehmen zurückgehe.

Deswegen verspreche man sich aus anderen Bereichen positive Auswirkungen auf Nachhaltigkeit und Ressourcen in der Wirtschaft, unabhängig von den Fragen des direkten Bezugs auf CO<sub>2</sub>-Minderung. Staatssekretär Fischer habe dem Minister mitgeteilt, dass die Umweltverbände im Begleitausschuss vertreten seien.

Abgeordnete **Schinowsky** (GRÜNE/B90) erklärt, dass der Gartenbauverband als ein Umweltverband beteiligt sei. Hier leite sich die Frage ab, ob das der richtige und einzige Verband im Begleitausschuss sein sollte.

Zu dem Bruttoinlandprodukt werde nochmals die Frage gestellt, welche Ziele die Landesregierung habe. Inwieweit können dazu konkrete Zahlen benannt werden.

Abschließend werde auf die Diskussion zum Vergabegesetz verwiesen. Es gehe darum, dass bei allen ausgereichten Geldern ökologische und soziale Kriterien verbindlich festgelegt werden sollen und nicht als Teilbereiche oder Teilauflagen. Nach den hier dargelegten Ausführungen scheine es so, dass man zum Teil Maßnahmen in die Richtung deuten könne. Was spreche dagegen, das insgesamt als Kriterium einzufügen. Die Bitte wäre, da noch mal nachzulegen.

**Staatssekretär Fischer** erklärt, dass sich der Begleitausschuss noch nicht gebildet habe; dazu habe das Land drei Monate Zeit. Es werde wieder einen gemeinsamen Ausschuss mit den anderen Fonds zusammen geben. Der Ausschuss müsse aber auch von der Anzahl der Mitglieder beherrschbar bleiben. Deshalb gebe es ein sogenanntes Sprecherprinzip. Dabei vertrete der Gartenbauverband als Mitglied die Interessen der Berliner Landwirtschaft. Ebenfalls Mitglied sei der Landschaftspflegeverband als Sprecher der Umweltverbände, das heißt, er stimme sich im Vorfeld mit den anderen Umweltverbänden ab. Während der Legislaturperiode könne auf Wunsch der Umweltverbände die Sprecherrolle auch von einem anderen Verband wahrgenommen werden.

**Minister Gerber** ergänzt, dass das allgemeine bundesrepublikanische Ziel geteilt werde und eine Annäherung angestrebt werden solle. Der Minister wolle jedoch nicht der Haushaltsdebatte mit den notwendigen Umschichtungen vorgreifen. Gesagt wurde, dass das MWE auf dem richtigen Weg sei. Ob das insgesamt im Landeshaushalt erreicht werde, sei eine Frage, die einer allgemeinen politischen Auseinandersetzung und einer Prioritätensetzung bedarf.

Abgeordnete **Schade** (AfD) sieht, dass die Europäische Union eher dafür sei, dass die Mittel als Zuschüsse anstatt als Darlehen ausbezahlt werden. Daraus ergebe sich die Frage, ob es Informationen, Studien oder Erfahrungen unter dem Aspekt „Einsatz der Mittel“ gebe, wonach Zuschüsse effektiver als Darlehen sein können.

**Minister Gerber** sieht als Maßstab, was effizienter sei. Darlehen seien für den Landeshaushalt erheblich effizienter. Das sei auch mit den revolvingierenden Fonds so gemacht worden. Die Rückflüsse aus Darlehen seien angespart worden, um diese für weitere Förderungen zu verwenden. Er sei der Auffassung, dass es durchaus unterschiedliche Entscheidungsgrundlagen geben müsse. Es gebe Förderungen oder Prozesse, wo es wichtig sei, Zuschüsse zu geben. Das betreffe insbesondere Starthilfen für Existenzgründungen oder KMU. Um in „stabile Verhältnisse“ hinein zu fördern, sei es durchaus sinnvoll, Darlehen zu geben. Dadurch würden Rückflüsse, die für neue Förderungen verwendet werden können, entstehen. Insofern sei das vom konkreten Projekt und Einzelfall abhängig. Wo es sinnvoll und möglich sei und die entsprechenden Unternehmen nicht wirklich belastet werden, sollten Darlehen ausgereicht werden. Das sei auch aus Sicht des Landeshaushalts eine effektive Maß-



nahme. Damit würde das Land wieder Mittel erhalten, die dann weiter verwendet werden können.

Abgeordneter **Barthel** (SPD) bezieht sich auf die Aussage des Ministers in der Pressemitteilung vom 12.01.2015, wonach 179 Millionen Euro in die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU gehen. Nur 90 Millionen Euro gehen in revolvingende Fonds. Die restliche Summe in Darlehen und Zuschüsse.

Aus eigenen Erfahrungen im Güterverkehrszentrum Güterfelde könne er von positiven Erfahrungen mit revolvingenden Fonds an diesem Standort berichten. Es werde ausdrücklich die Umstellung der Förderung bzw. eine Erhöhung auf revolvingende Fonds begrüßt.

Durch **Herrn Klees** (LRH Brandenburg) werden Ergänzungen zum Thema Zuschüsse und Darlehen gemacht. Der LRH habe die Vorgängerrichtlinie in Sachen FuE geprüft. In diesem Zusammenhang wurde die Empfehlung ausgesprochen, soweit es möglich sei, von Zuschüssen auf Darlehen überzugehen. In der vom Minister angesprochenen geänderten ProFIT-Richtlinie seien diese Gedanken zumindest partiell mit aufgenommen worden. Das werde aus Sicht des LRH für richtig und gut angesehen.

Der **Vorsitzende** schließt die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

## **Zu TOP 2: Bericht des Ministers für Wirtschaft und Energie zu geplanten Maßnahmen im touristischen Radwegebau**

**Minister Gerber** erklärt einleitend, dass sich sein Haus auf die überregional bedeutsamen Radwege konzentrieren werde und dafür insgesamt rund 40 Millionen Euro aus der GRW-I zur Verfügung stelle. Dabei gehe es nicht um Neubau, sondern ausschließlich um Modernisierung und Sanierung. Mit den Tourismusregionen und der Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH (TMB) laufen dazu intensive Gespräche.

Abgeordneter **Homeyer** (CDU) sieht im Radwegebau eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung des künftigen Radwegetourismus. Gerade der Fahrradtourismus sei ein Zukunftsmarkt für Brandenburg. Unter Beachtung des Fahrradaufkommens im Land sei es von Bedeutung, sowohl die Radwege als auch die Infrastruktur auszubauen und zu fördern. Da stehe das Land Brandenburg erst am Anfang, jedoch ein Stück erfolgreich des Weges gegangen.

Entsprechend den Ausführungen des Ministers werde der Bestand gepflegt. Das heißt aber auch, dass kein weiterer Ausbau statfinde. Darum werde nochmals um Ausführungen gebeten, mit welchen verschiedenen Förderinstrumenten der weitere Ausbau der Radwege statfinde.

Wie sehen hier die mittel- und langfristigen Planungen aus. Wie gestalte sich die Bestandspflege der Radwege mit der GRW-I und wie werde die fahrradnahe Infrastruktur weiter ausgebaut.

**Minister Gerber** betont, dass das Land in den letzten Jahren beim Fahrradtourismus durchaus erfolgreich gewesen und auf Platz 2 der Beliebtheitsskala sei. Träger des Radwegebaus sei die kommunale Ebene; das MWE behalte vonseiten des Landes die überregionalen Radwege im Blick. Natürlich werde auch die radwegenahe Infrastruktur analog den Wasserwegen unterstützt. Die touristische Infrastruktur um die Radwege herum werde aus der GRW-I gefördert.

Abgeordneter **Homeyer** (CDU) präzisiert seine Frage, dass es ihm zum Beispiel um den RE 1 gehe, wo das Land die Verantwortung trage. Hier gebe es noch Lücken, die geschlossen werden müssen.

**Minister Gerber** betont, dass es ein gut ausgebautes regionales Radwegenetz gebe, dessen Struktur zu erhalten, eine Menge Geld koste.

**Herr Linsen** (MWE) ergänzt, dass hier über Modernisierung gesprochen werde, weil diese Radwege zu einem Zeitpunkt entstanden seien, als diese bundesweit noch nicht die Bedeutung hatten. Die Sanierung von Radwegen sei nicht zulässig und Sache der Kommunen. Die Infrastruktur sei in diese Problematik mit eingeschlossen. Es sei ausdrücklich immer die infrastrukturelle Förderung mit der gewerblichen Förderung kombiniert worden. Als eine Fixierung der gewerblichen Förderung auf die Linieneinführung erfolgte, habe es eine Verdreifachung des Antragsvolumens bei den kleineren an den Radwegen gelegenen Betrieben gegeben.

Das vom Abgeordneten Homeyer angesprochene Problem sei, dass Träger der Straßenbaulast die Kommunen gewesen seien. Die Landkreise haben Anträge gestellt und dann später die Radwege an die Kommunen übertragen. Ziel der Förderung sei es, die Landkreise daran zu binden, dass mindestens auf der Landkreisebene eine Koordinierung dieses Themas erfolge, das heißt, die Rückübertragung an die Kommunen finde nicht statt und die Landkreise bleiben damit in der Verantwortung. Dann hätte das Land über das Cluster-Management Tourismus und über die TMB Instrumentarien, die Landkreiskonzepte zusammenzuführen und gleichzeitig den Ansatz, dass die Radwege auf den modernsten Stand gebracht werden, gleichzeitig aber auch eine Struktur, die dauerhaft die Werterhaltung sichere. Schon 2009 sei ein Umsatz von 850 Millionen Euro über den Radtourismus feststellbar gewesen.

Abgeordneter **Homeyer** (CDU) fragt nach, wenn über EFRE eine Förderung nicht mehr möglich sei, ob daraus ableitend schon jetzt eine Aussage zu den finanziellen Ausfällen möglich sei. Sei das Land in der Lage, die Entscheidungen der EU durch den Einsatz von anderen Instrumentarien zu kompensieren.

**Minister Gerber** erklärt, dass er damit rechne, aus der GRW-I ca. 40 Millionen Euro zur Verfügung stellen zu können. Die begleitenden Maßnahmen müssen aus anderen Mitteln erbracht werden. Das hänge dann von der Antragslage und der Prioritätenentscheidung ab. Es sei einzuschätzen, dass dem Land generell weniger Mittel zur Verfügung stünden. Diese müssen entsprechend der Prioritäten aufgeteilt werden.

**Zu TOP 3: Bericht des Ministers für Wirtschaft und Energie zum Vergabegesetz:**

- **Einschätzung zur Einhaltung der gesetzlichen Regelungen**
- **Einschätzung zu den bürokratischen und finanziellen Belastungen**
- **Darstellung des Mittelabrufs der Kommunen im Vergleich zu eingeplanten Mitteln**
- **Einschätzung der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt**

Der **Vorsitzende** informiert die Mitglieder des AWE darüber, dass eine schriftliche Vorabinformation durch das MWE übergeben wurde (Anlage 1).

Abgeordnete **Schade** (AfD) verweist auf die übergebene Unterlage. Darin sei ausgeführt worden, dass nach Auffassung der Landesregierung das Ziel erreicht wurde. In den weiteren Ausführungen sei vermerkt, dass nur 78 % der Vergabestellen kontrolliert wurden. Hier wird nochmals um eine Einschätzung vonseiten des Ministers gebeten, wie eine umfassende Kontrolle möglich sei.

**Minister Gerber** erklärt, dass zunächst davon ausgegangen werden müsse, dass sich die Vertragspartner vertragstreu verhalten. Der Evaluationsbericht habe jedoch bezüglich der Kontrolle der Einhaltung des Vergabemindestlohnes gezeigt, dass es Defizite sowohl vonseiten der Auftraggeber als auch Auftragnehmer gebe. Diese im Bericht ausgeführten Defizite sollen in der zweiten Stufe der Novellierung des Vergabegesetzes angefasst werden. Auf Bundesebene werde noch die Umsetzung der neuen EU-Vergaberichtlinien in deutsches Recht abgewartet.

Bei der Umsetzung des EU-Rechts werde darauf geachtet werden müssen, ob und welche Folgen das für das Brandenburger Vergabegesetz habe. In diesem Zusammenhang werde noch einmal die Frage der Kontrolle bearbeitet werden müssen, was für alle Beteiligten immer einen hohen Verwaltungsaufwand zur Folge haben werde.

Abgeordnete **Schade** (AfD) fragt nach, ob in diesem Zusammenhang an Personalaufstockungen gedacht sei.

Abgeordneter **Homeyer** (CDU) verweist auf Ausführungen des Ministers in der letzten Plenarsitzung, wo dieser geäußert habe, dass die Landesregierung die Vollzugsdefizite sehr ernst nehme. Das werde in der übergebenen Unterlage nochmals verdeutlicht. Hinzu komme nunmehr, dass es einen bundeseinheitlichen Mindestlohn gebe. In Gesprächen mit Beteiligten sei geäußert worden, dass es sehr viel Bürokratie geben werde. Das Vergabegesetz des Landes müsse überarbeitet werden und gleichzeitig eine Synchronisierung mit dem Bundesrecht erfolgen müssen. Daraus resultiere die Frage nach der beabsichtigten Planung. Die vorhandene Unsicherheit führe dazu, dass brandenburgische Unternehmen sich nicht mehr am öffentlichen Wettbewerb beteiligen.

Abgeordnete **Schinowsky** (GRÜNE/B90) richtet den Focus ihrer Ausführungen auf die Anträge der Kommunen, speziell den Umfang der bisher beantragten Gelder. Beantragt wurden 10 Millionen Euro/Jahr und bisher seien nur 1 Millionen Euro beantragt worden. Das sei eine deutliche Diskrepanz, die zeige, wie wichtig es sei, in diesem Bereich aktiv zu werden. Daraus resultiere ihre Frage nach den Ursachen und was beabsichtigt sei, hier konkret zu tun bzw. ob eine Veränderung beabsichtigt sei. Was sei parallel zu den angesprochenen Prozessen, zum Beispiel auf EU-Ebene möglich, um eine Verbesserung zu erreichen.

Abgeordneter **Loehr** (DIE LINKE) betont, dass es nicht Ziel der Abgeordneten sein könne, diese Haushaltsposition auszuschöpfen. Vielmehr gehe es darum, den Kommunen den tatsächlichen Mehraufwand zu erstatten. Dabei gehe es um die Konnexität. Die Kommunen müssen nunmehr nachweisen, dass sie bei Ausschreibungen dadurch höhere Kosten haben. Bei Betrachtung der allgemeinen Tariflöhne sei das die absolute Ausnahme (8,50 Euro). Es werde nicht geglaubt, dass die 10 Millionen Euro benötigt werden und die Abgeordneten sollten daran auch kein Interesse haben.

**Minister Gerber** führt zu den Kostenerstattungen an die Kommunen aus, dass diese Anträge in geringerem Maße gestellt hätten, als zunächst erwartet wurde. Der Minister der Finanzen werde wahrscheinlich den Vorschlag unterbreiten, diese Ausgabe-summe zu reduzieren und den Gegebenheiten anzupassen.

Das Vergabegesetz sei in der letzten Legislaturperiode eingeführt worden. Nunmehr habe man die Erfahrung gemacht, dass die Umsetzung des Gesetzes nur mit einem hohen Verwaltungsaufwand möglich sei. Das Gesetz sei aber auch verabschiedet worden, weil man damit die Debatte um den bundeseinheitlichen Mindestlohn ankurbeln wollte. Unter der schwarz/roten Bundesregierung sei die Entscheidung für einen einheitlichen Mindestlohn gefallen und das sei auch gut so.

Das Land Brandenburg habe gesagt, dass man bei der Vergabe von Aufträgen an Dritte darauf achten wolle, auskömmliche Löhne für die Auftragnehmer zu zahlen, was aus politischen Gründen aus der Gehaltsentwicklung der letzten Jahre abzuleiten sei. Damit sei der hohe bürokratische Aufwand in Kauf genommen worden.

Gleichzeitig seien aber auch Defizite in der Kontrolle zu verzeichnen. Bei der Novellierung werde versucht werden, die benannten Probleme ein Stück weit abzustellen.

Die Bundesregierung habe bis zum II. Quartal 2016 Zeit, das Vergaberecht der EU in nationales Recht umzusetzen. Diese Umsetzung bleibe erst einmal abzuwarten, so dass erst danach die Umsetzung in Landesrecht sinnvoll erscheine. So unbefriedigend die derzeitige Situation auch sei, müsse erst nach der Umsetzung in nationales Recht gesehen werden, welche Umsetzung in Landesrecht notwendig sei.

Abgeordneter **Bommert** (CDU) fragt nach der konkreten Nachweispflicht für die Unternehmen. Zu dem Verfahren werden weitere inhaltlich konkrete Ausführungen gemacht.

Abgeordnete **Schinowsky** (GRÜNE/B90) bittet um Klarstellung, ob die Umsetzung der EU-Regelung in Bundesrecht im II. Quartal 2016 erfolge und anschließend das Verfahren im Land Brandenburg beginne. Das würde bedeuten, dass noch mindestens zwei Jahre mit den massiven Vollzugsdefiziten im Land Brandenburg gearbeitet werden müsse. Bei allem Verständnis für das Verfahren, werde der Zeitraum als sehr lang angesehen.

**Minister Gerber** erklärt, dass es schon jetzt die Möglichkeit gebe, Vollzugsdefizite anzugehen, da das Gesetz ja bereits gelte. Dazu gebe es Gespräche mit der kommunalen Ebene und den Wirtschaftsverbänden. Beachtet werden müsse, dass der allgemein gesetzliche Mindestlohn nur da greife, wo nicht anderweitige tarifliche Regelungen greifen.

Abgeordneter **Homeyer** (CDU) unterstreicht die Bedeutung, dass Bestandteile des Gesetzes herausgegriffen werden, die parallel laufen. Das Land sollte selbst auch Signale setzen, dass Probleme erkannt werden und diese einer vernünftigen Regelung zugeführt werden, um damit Entlastungen zu erreichen.

**Zu TOP 4: Bericht des Ministers für Wirtschaft und Energie zur Errichtung der Grubenwasserbehandlungsanlage (GWBA) am Tagebau Welzow-Süd**

Abgeordnete **Schinowsky** (GRÜNE/B90) begründet diesen Tagesordnungspunkt, dass sie aktuellen Meldungen entnommen habe, dass die Anlage inzwischen in Betrieb gegangen sei, jedoch nicht komplett. Daraus ergebe sich die Frage, warum und wie sei der aktuelle Stand.

**Minister Gerber** erklärt, dass die Errichtung der GWBA auf einen Bescheid des Landesbergamtes zurückgehe. Im Oktober 2014 sei die Anlage mit einem Investitionsvolumen von 20 Millionen Euro in Betrieb genommen worden, um damit der Verockerung der Spree entgegenzuwirken.

Es werde mit einer Betriebsdauer der Anlage von 50 Jahren gerechnet.

Abgeordnete **Schinowsky** (GRÜNE/B90) erklärt, dass die Genehmigung zum Bau der Anlage 2008 erteilt wurde und seit Ende letzten Jahres sei sie in Betrieb. Daraus ableitend die Frage, warum es bis zur Inbetriebnahme so lange gedauert habe. Wer komme für die Schäden auf, die in den letzten Jahren entstanden und auch auf die verzögerte Inbetriebnahme zurückzuführen seien. Werden mit der Inbetriebnahme auch die neuen Grenzwerte von 3 mg/l eingehalten. Wie werde eingeschätzt, dass diese Grenzwerte auch nicht die Verockerung verhindern. Durch einen Fachmann sei erklärt worden, dass erst bei 1 mg/l der Verockerung entgegengewirkt werden könne. An welche Zielzahlen an Wasserdurchfluss sei bei dieser Anlage gedacht. Wer beseitige die entstandenen Schäden und Sorge für langfristige Lösungen.

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass die benannte Thematik sehr umweltlastig sei.

Abgeordnete **Schinowsky** (GRÜNE/B90) ergänzt dazu, dass der ALUL an den AWE verwiesen habe.

**Minister Gerber** erklärt, dass sich die GWBA erst im Einstellungsmodus befinde und natürlich davon ausgegangen werde, dass diese Anlage einen Beitrag zur Erreichung der Zielvorgaben leisten werde. Zu der Frage der Sicherung der Wasserqualität der Fließgewässer um den Tagebau herum werde eine schriftliche Stellungnahme zugesagt. Der Minister regt für die Tagesordnung an, detailliertere Hinweise zu den von der Landesregierung gewünschten Informationen zu geben.

Der **Vorsitzende** fasst den Tagesordnungspunkt dahin gehend zusammen, dass den Mitgliedern des AWE die offenen Punkte schriftlich zur Kenntnis gegeben werden. Bei weiteren Rückfragen biete sich auch der direkte Weg Abgeordnete/Landesregierung an.

Abgeordnete **Schinowsky** (GRÜNE/B90) ergänzt die Ausführungen des Vorsitzenden, der diese Thematik eher im ALUL sehe, dass dieser Ausschuss mehr touristische Schäden berücksichtige. Die Fragen werden von der Abgeordneten nachgefragt.

**Zu TOP 5: Bericht des Ministers für Wirtschaft und Energie zur Errichtung einer Schlichtungsstelle für Betroffene von Schäden durch den Bergbau**

Abgeordnete **Schinowsky** (GRÜNE/B90) erklärt, dass durch Minister Christoffers a. D. die Errichtung einer Schlichtungsstelle zugesichert wurde, auf die die betroffenen Bürgerinnen und Bürger vor Ort warten. Von Interesse wäre nunmehr ein konkreter Zeitplan und die Gründe, warum die Schlichtungsstelle noch nicht errichtet wurde. Irritationen, resultierend aus der mündlichen Anfrage, werden näher erläutert. Inwie-

weit sei die Errichtung der Schlichtungsstelle, die nach der Klärung der Braunkohleproblematik erfolgen solle, die Botschaft an die Bürger.

**Minister Gerber** erklärt, dass bezüglich der Schlichtungsstelle jetzt landesseitig die organisatorischen und haushalterischen Vorbereitungen abgeschlossen seien. Gewollt sei eine Einrichtung bei der Industrie- und Handelskammer Cottbus mit einem unabhängigen Schlichter. In der Lausitz habe es das Land sowohl mit Schäden des aktiven Bergbaus als auch mit dem Sanierungsbergbau zu tun, wodurch unterschiedliche Zuständigkeiten verschiedener Institutionen resultieren. Das betreffe Vattenfall als auch die LMBV. Zur Beteiligung der LMBV an der Schlichtungsstelle für Bergbaugeschädigte gebe es noch Gespräche.

Abgeordnete **Schinowsky** (GRÜNE/B90) fragt nach, ob es tatsächlich so zu verstehen sei, dass die Schlichtungsstelle erst dann komme, wenn der Verkauf der Braunkohlesparte abgewickelt sei. Ein möglicher Zeitplan wäre von Interesse.

**Minister Gerber** erklärt, dass die Errichtung der Schlichtungsstelle nichts mit dem Verkauf der Braunkohlesparte zu tun habe. Der AWE werde über die Ergebnisse der Gespräche mit der LMBV informiert.

Abgeordneter **Loehr** (DIE LINKE) führt aus, dass seiner Fraktion an einer Schlichtungsstelle sehr gelegen sei. Es sei bekannt, dass daran mehrere Partner beteiligt werden müssen. Im 1. Halbjahr sollten hier schon Ergebnisse vorliegen, damit den Betroffenen vor Ort geholfen werden könne.

#### **Zu TOP 6: Information des Ministers für Wirtschaft und Energie zu aktuellen Entwicklungen im RWK-Prozess**

**Minister Gerber** erklärt, dass der Koalitionsvertrag vorsehe, dass das Land bei der gegenwärtigen RWK-Struktur bleibe. Zur weiteren Gestaltung dieses Prozesses laufen derzeit Gespräche mit dem Staatssekretär zur Strukturierung und Organisation der künftigen Arbeit. Grundlage dieser Gespräche sei ein Thesenpapier, das im MWE erstellt wurde (Anlage 2). Zum einen sei gewollt, dass in der Arbeitsgruppe in der bewährten Form weiter gearbeitet werde, zum anderen, dass der Gesprächsturnus von einem bisher einjährigen auf einen zweijährigen Modus umgestellt werde. Die jährlichen Berichte gegenüber dem Kabinett und der Beschluss von neuen Maßnahmen werden aber beibehalten. Natürlich werde es auch weiterhin Gespräche mit den RWK geben, jedoch eine Konzentration auf inhaltliche Themen erfolgen. Darüber hinaus seien Workshops mit externen Experten geplant.

Gewollt sei, dass man von der Masse der Projekte hin zu prioritären Projekten komme. Nach den Gesprächen mit den Kollegen vor Ort und einer Meinungsbildung werden der AWE und der Landtag nochmals informiert.

Ergänzt werden die Ausführungen des Ministers durch den **Staatssekretär Fischer**, dass derzeit Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern geführt werden. Dessen unbenommen werde es noch Anfang März/April Gespräche mit der IMAG geben. Wichtig sei, dass schon im Vorfeld der Gesprächsreihe mit den Verwaltungsspitzen intensive Gespräche geführt werden.

Da diese Thematik jetzt im MWE angesiedelt sei, habe das Haus nunmehr die Möglichkeit, regionale Konzentration (RWK) und sektorale Konzentration (Cluster) stärker als bisher zusammenzuführen. Da sei dann auch mit neuen Effekten zu rechnen.

Abgeordneter **Barthel** (SPD) sieht als einen Schwerpunkt des Prozesses die Ausstrahlung der RWK auf das Umland. Parallel gebe es in einem anderen Ministerium den Stadt-Umland-Wettbewerb. Wie sollen diese beiden Programme synchronisiert werden. Gebe es eine Kumulation der Fördermittel oder welche Überlegungen gebe es dazu.

**Minister Gerber** erklärt, dass es Gespräche mit dem MIL geben werde. Gerade der Stadt-Umland-Wettbewerb sei eine Möglichkeit, die Beziehungen der RWK mit dem Umland zu vertiefen. Die RWK seien darauf besonders hingewiesen worden, damit eine bessere Verzahnung mit dem kleinstädtischen und ländlichen Bereich erfolgen könne.

Abgeordnete **Schinowsky** (GRÜNE/B90) bittet darum, dass der Ausschuss auch über Zwischenstände informiert werde, um dadurch ins Gespräch zu kommen.

**Minister Gerber** bestätigt, dass das Thesenpapier, mit dem das MWE in die Gespräche gehe, dem AWE zur Verfügung gestellt werden könne.

Abgeordnete **Schade** (AfD) bittet um Klarstellung, ob die RWK derzeit fest etabliert seien. Inwieweit sei vorgesehen, dass sich zukünftig die RWK in der freien Marktwirtschaft behaupten. Wie haben sich die Mittel, die in den letzten Jahren zum Einsatz gekommen seien, bewährt, auch um sich eventuell ohne Förderung am Markt zu etablieren. Möglicherweise wäre es dann möglich, dass die Mittel durch den Rückfluss in andere Regionen fließen könnten. Wie sei die Strategie zukünftig ausgerichtet.

**Minister Gerber** erklärt, dass sich Kommunen nicht am Markt behaupten, weil sie Selbstverwaltungseinrichtungen und auch Bestandteil der Verfassung seien. Das Grundprinzip der Wirtschaftsförderung sei, die Stärken zu stärken, weshalb diese RWK zu der damaligen Zeit ausgesucht worden seien.

Im Ergebnis der Evaluation sei entschieden worden, dass die benannten RWK auch weiterhin zu dem Kreis gehören. Auch eine aktuelle Auswertung habe kein anderes Ergebnis gezeigt. Aus diesem Grund sei die Entscheidung so getroffen worden.



Insofern sei das gesamte RWK-Verfahren kein Prozess; jedoch müssten sich am Ende die Unternehmen am Markt behaupten.

Die wirtschaftspolitische Grundphilosophie sei, dass bestimmte Zentren, die eine gute Entwicklung erwarten lassen, besonders unterstützt werden in der Hoffnung, dass das auch positive Effekte für die anderen Regionen habe. Die Erwartung sei bislang eingetroffen und der Prozess im Kern bisher erfolgreich und anerkannt gewesen.

Abgeordneter **Homeyer** (CDU) verweist auf die umfassende Diskussion, sowohl in der letzten Plenarsitzung als auch Legislaturperiode nach Vorlage des Berichts der IMAG. Bekannt sei, dass es 2010 die letzte Evaluierung gegeben habe. Unbestritten sei, dass es in den RWK unterschiedliche Parameter bezüglich der Leistung und der erreichten Ziele gebe. Es sei nicht so, dass alle 15 RWK gut laufen würden. Zu begrüßen sei, dass das Thema RWK von der Staatskanzlei in das MWE gewechselt habe und bei den RWK versucht werde, mit einem Thesenpapier nachzusteuern. Das sei auch sinngemäß der Antrag der CDU-Fraktion gewesen - weitere Evaluierung. Es werde als angebracht angesehen, dass der Minister den AWE regelmäßig über den aktuellen Stand informiere, eventuell mit einer erneuten Anhörung im Ausschuss.

Abgeordneter **Barthel** (SPD) unterstützt den aufgeworfenen Gedanken des Abgeordneten Homeyer (CDU), eine Anhörung im Ausschuss durchzuführen. Dabei sollten die RWK mit ihren Vertretern dem Ausschuss sowohl über Erfolge als auch über Probleme berichten. Die Probleme der Evaluierung mit externen Gutachtern werden kritisch gesehen.

**Minister Gerber** macht zunächst Ausführungen zum Wechsel der Zuständigkeiten, die mit der Staatskanzlei erörtert worden sei. Auch weiterhin werde eine ressortübergreifende Zusammenarbeit nötig sein. Die Ausführungen des Abgeordneten Homeyer (CDU) werden dahin gehend bestätigt, dass es eine unterschiedliche Entwicklung der RWK gebe und nicht in allen das gleiche Engagement für diesen Bereich zu beobachten sei.

**Zu TOP 7: Bericht des Ministers für Wirtschaft und Energie zum Verkauf der Kohlesparte des Vattenfall Konzerns**

**in Verbindung mit**

**Interessen des Landes Brandenburg bei einem Verkauf der Braunkohlensparte von Vattenfall**

**Minister Gerber** teilt mit, dass Vattenfall erklärt habe, die Braunkohlesparte in Deutschland verkaufen zu wollen, sie sich aber nicht aus dem deutschen Markt zurückziehen werden.

Unabhängig von der weiteren politischen Entwicklung in Schweden werde die Trennung von der Braunkohlesparte Bestand haben.

Vattenfall habe eine Bank beauftragt, sie zu beraten und den Verkauf vorzubereiten. Innerhalb des Unternehmens Vattenfall müsse eine gesellschaftsrechtliche Konstruktion geschaffen werden, die einen verkaufsfähigen Teil herstelle, der zum Verkauf angeboten werden könne. Vattenfall gehe davon aus, dass das Ende I. Quartal/Anfang II. Quartal erledigt sein werde und dann mit einem Verkaufsangebot offiziell bei Interessenten anfragen werde.

Der Minister ergänzt, dass das Unternehmen im Land Brandenburg und in Sachsen beheimatet sei und neben der Energieversorgung auch tausende gut bezahlter Arbeits- und Ausbildungsplätze sichere. Deshalb habe das Land an dem Prozess vielseitiges Interesse. Es müsse ein neuer Partner gefunden werden, der sich einfügt, sich zu den energiepolitischen Zielen des Landes Brandenburg in der „Energiestrategie 2030“ und zum Lausitzer Revier als ein einheitliches Revier, was zusammengehalten werden müsse, bekennt. Und natürlich müsse ein neuer Partner auch künftige Investitionsentscheidungen, die im Zusammenhang mit Umsiedlungen und den Neuaufschluss von Tagebauen stehen, umsetzen.

Das Land Brandenburg habe zusammen mit der sächsischen Staatsregierung mehrfach sowohl schriftlich als auch bei einem Besuch mit Vertretern von Vattenfall und der schwedischen Staatsregierung die Interessen der beiden Bundesländer dargestellt. Dabei wurde verabredet, dass beide Bundesländer bezüglich der Verkaufsverhandlungen eng in den Informationsprozess eingebunden werden. Dazu liege auch eine Zusage von Vattenfall vor.

Derzeit gebe es noch keine konkreten Ergebnisse, da Vattenfall noch dabei sei, das gesamte Verfahren vorzubereiten. Aufschlussreich werde es erst dann, wenn feststehe, wer diesen Teil von Vattenfall zu welchen Bedingungen übernehmen werde. Dann könnte es auch angezeigt sein, im AWE eine nicht öffentliche Sitzung durchzuführen. Der Minister bittet darum, dem Staatssekretär das Wort zu konkreten Ausführungen über den Besuch in Schweden zu erteilen.

**Staatssekretär Fischer** erklärt, dass es drei zentrale von Bedeutung gewesene Gespräche gegeben habe:

1. Zum einen das Gespräch mit dem schwedischen Wirtschaftsminister, der über seine Zukunft im Unsicheren war. In dem Gespräch wurden vor allem zwei Punkte deutlich:
  - Die schwedische Regierung habe das klare Ziel, die Braunkohlesparte einschließlich der Kraftwerke möglichst bis zum Sommer, wenn Ende I. Quartal/Anfang II. Quartal die Rahmenbedingungen vorliegen, zu verkaufen.

- Das Unternehmen habe deutlich gemacht, wie in Deutschland einige Rahmenbedingungen, sowohl das aktuelle Geschäft betreffend als auch über eine längere Zeitschiene, zu betrachten seien. Hier seien u. a. die Kraftwerke in der Lausitz zu benennen.
- 2. Bei dem Gespräch mit dem Wirtschaftsausschuss des Schwedischen Reichstages sei über alle Fraktionen hinweg verdeutlicht worden, dass alle Fraktionen aus Gründen des Klimaschutzes den Verkauf der Braunkohlesparte anstreben. Da dem schwedischen Wirtschaftsausschuss die konkreten Bedingungen in der Lausitz nicht bekannt seien, habe es eine Einladung an diesen in die Lausitz gegeben.
- 3. Das Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden Magnus Hall verlief ähnlich dem mit dem schwedischen Minister. In der kleinen Runde habe dieser keine klaren Positionen zum Ausdruck gebracht.

Abgeordneter **Homeyer** (CDU) fragt nach, inwieweit er richtig verstanden habe, dass der schwedische Ministerpräsident keine klaren Aussagen hinsichtlich möglicher Bewerber habe treffen können. Inwieweit sei Vattenfall bezüglich der Rücklagen überhaupt in der Lage, den Verpflichtungen nachzukommen, von denen gesprochen wurde, wie zum Beispiel Renaturierung, Sanierung und Modernisierung des Kraftwerksparks. Gebe es dazu Aussagen. Bekannt sei, dass Vattenfall viel Geld mit der Lausitzer Braunkohle verdient habe. Es gebe eine Verantwortung des schwedischen Staates und des Unternehmens. Sei das von den beiden Ministerpräsidenten auch in aller Klarheit geäußert worden. Es werde um eine Aussage gebeten, wie sich Brandenburg dazu aufstelle.

Abgeordnete **Schinowsky** (GRÜNE/B90) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Auch ihre Fraktion sehe Vattenfall in der Pflicht und sei verwundert über die begleitende Kommentierung der Landesregierung zu den Verkaufsplänen. Sie habe keine Bemühungen unternommen, Vattenfall am Standort zu halten, um den Verpflichtungen nachzukommen. Das Land habe sich sehr schnell mit einem Abzug von Vattenfall aus der Lausitz einverstanden erklärt. Sie fragt nach, ob der aktuelle Stand und die Ergebnisse zu der vom schwedischen Staat eingesetzten IMAG zum Verkauf der Braunkohlesparte bekannt seien. Ende April sei eine Vollversammlung von Vattenfall vorgesehen. Sei da mit einer Entscheidung und wenn ja, in welcher Form, zu rechnen. Habe es Gespräche zu den Hintergründen und zu dem Anlass des Verkaufs gegeben. Sei abzusehen, dass damit kein Geld mehr verdient werde und diese Vermutung ursächlich für den Verkauf sei. Inwieweit gebe es Informationen zum Verkaufspreis, auch in Verbindung mit den ausstehenden Kosten.

Schon vor einiger Zeit kursierten Informationen, ob Brandenburg selbst in das Braunkohlegeschäft einsteigen könnte. Jetzt habe es sich fokussiert, ob Landesgelder zum Überleben zur Verfügung stünden. Inwieweit gebe es noch diese Überlegungen und sei dazu schon eine Beratung erfolgt.

**Minister Gerber** macht Ausführungen zu den in Schweden angesprochenen Sanierungs- und Rekultivierungsverpflichtungen, dass es unabhängig vom Eigentümer gesetzliche Verpflichtungen gebe, die einzuhalten seien und auch vertraglich vereinbart wurden. Auch ein neuer Eigentümer benötige Genehmigungen und bergrechtliche Zulassungen zum Betreiben des Tagebaus.

Richtig sei, dass Vattenfall viel Geld verdient habe. Vattenfall sei sich der Verantwortung für Arbeits- und Ausbildungsplätze bewusst, auch im Wissen, dass es sich um ein hundertprozentiges Staatsunternehmen handle. Vattenfall werde auch in größerem Umfang in Deutschland aktiv bleiben, nur ohne die Braunkohlesparte. In Schweden gebe es eine Grundsatzentscheidung zur erheblichen Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, dass ohne Braunkohle weitergearbeitet werden solle. Die schwedische Energieerzeugung setze sich aus Wasser- und Atomkraft zusammen.

In Deutschland gebe es auch eine gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidung: Ausstieg aus der Atomkraft. Schweden betrachte die Atomenergie mehrheitlich als grüne Technik. Die Suche nach atomaren Endlagern werde in Schweden eher begrüßt. Diese unterschiedlichen Wertungen müssen zur Kenntnis genommen werden. Vattenfall setze darauf, dass es Interessenten gebe, die auch weiterhin mit der Braunkohle Geld verdienen wollen. Zum Kaufpreis können derzeit keine Aussagen gemacht werden. Zum Einstieg von Brandenburg in Unternehmen gebe es momentan keine Diskussion.

**Staatssekretär Fischer** präzisiert, dass sich der schwedische Ministerpräsident gegenüber der Delegation nicht zu Interessenten geäußert habe. Die beiden Ministerpräsidenten hätten natürlich dargestellt, welche Bedeutung die Energieerzeugung in der Lausitz habe. Bei dem Besuch wurden dem jetzigen Eigentümer die Erwartungshaltungen, die dann auch an einen neuen Investor weitergereicht werden sollten, klargemacht.

Die IMAG in Schweden sei ein politisches Gremium und vom schwedischen Wirtschaftsminister als Aufgabe des Unternehmens beauftragt worden, sich um die gesellschaftsrechtliche Vorbereitung und den Verkauf zu kümmern. Erst am Ende wäre es dann eine politische Entscheidung.

Abgeordneter **Barthel** (SPD) unterstreicht, dass die SPD-Fraktion die klaren Positionen des Ministerpräsidenten und Wirtschaftsministers hinsichtlich der Forderungen an Vattenfall unterstütze. Diese sollten auch mit aller Konsequenz weiter verfolgt werden. Das schließe auch das Thema der Nachsorge am Standort bei einem eventuellen Nachfolger mit ein.

Es werde angeregt, dass Vattenfall zu gegebener Zeit in den Ausschuss eingeladen werde, wenn es ein klares Verkaufsangebot gebe und die entscheidenden Verhandlungen anstehen. Natürlich sei der Verkauf in erster Linie ein privatrechtlicher Vertrag. Zu klären wäre, welche Möglichkeiten bestünden, die Eckpunkte des Vertrages

rechtzeitig einzusehen bzw. darüber informiert zu werden. Anhand des Beispiels Kernenergie werde das Agieren von Vattenfall nicht unbedingt zugunsten der öffentlichen Hand gesehen. Insofern wäre es wichtig, die Eckpunkte kennenzulernen.

Es werde dringend dazu geraten, mit Beteiligten Kontakt aufzunehmen, die schon Erfahrungen mit Vattenfall haben, wenn es um den Verkauf bzw. die Ausgliederung von bestimmten Teilen des Unternehmens gehe.

Abgeordneter **Loehr** (DIE LINKE) verdeutlicht, dass jetzt eine Absichtserklärung mit einer bestimmten Erwartungshaltung verlautbart wurde. Das Argument „Verkauf aus Klimaschutzgründen“ sei nicht einleuchtend. Wichtig sei nochmals klarzustellen, dass wir nicht die Prozessbeteiligten seien. Dass Landesmittel zur Sicherung der Braunkohlesparte zum Einsatz kommen sollen, sei nicht bekannt.

Abgeordneter **Homeyer** (CDU) sieht es als richtig an, dass Verhandlungen geführt werden. Am Ende werde es eine politische Entscheidung geben. Die Fraktion der CDU habe vor zwei/drei Jahren in Stockholm Gespräche sowohl mit der Politik als auch mit Vattenfall geführt. Die politische Meinung zu CO<sub>2</sub> sei vor zwei Jahren in Schweden schon klar gewesen. Im Gegensatz dazu habe Schweden mit Atomkraft keine Probleme. Also seien die Klimaschutzziele des Staates der Haupttreiber.

In diesen Gesprächen seien auch verschiedene Denkansätze zum Verkauf geäußert worden. Inwieweit gebe es derzeit noch immer verschiedene Optionen des Verkaufs. Sei der Minister bei seinem Besuch zu der Meinung gelangt, unabhängig von der politischen Ausrichtung des Landes, dass es bei den Verkaufsverhandlungen und letztendlich bei einem Verkauf bleibe.

**Minister Gerber** beantwortet die aufgeworfenen Fragen, dass es noch keine Eckpunkte zum Vertrag gebe, diese also noch nicht bekannt seien. Es gebe ein großes Interesse daran, davon Kenntnis zu erhalten. Klar sei auch, dass es um die Fragen der Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzsicherung, Verpflichtung in der Region über das gesetzlich Vorgesehene hinaus, gehe. Natürlich werden Erfahrungen aus bisherigen Verkaufsverhandlungen mit Vattenfall einbezogen werden.

Zu der Frage des Verkaufs und weiterhin als Geschäftsbesorger tätig zu sein, sei eine Zeit lang in Schweden diskutiert worden, spiele derzeit aber keine Rolle mehr. Nunmehr werde nur noch ein Verkauf anvisiert. Auch werde damit nicht das politische Ziel erreicht, das mit diesem Prozess verfolgt werde. Die Erfahrung, die in den letzten Jahren bei Reisen gesammelt wurde, sei, dass keine Braunkohleverstromung mehr im Portfolio des Unternehmens unabhängig von der Regierung gegeben sei.

Abgeordnete **Schinowsky** (GRÜNE/B90) erklärt, dass Vattenfall zunächst habe das gesamte Geschäft in Deutschland verkaufen wollen, dafür aber keinen Käufer gefunden habe und macht Ausführungen zu den Gründen. Nunmehr sei eine Veräußerung der Braunkohlesparte beabsichtigt. Die als Ziel avisierte CO<sub>2</sub>-Neutralität Schwedens

bis 2050 sei kein Grund, die Braunkohlesparte sofort zu veräußern und werde bezweifelt. Eine Beteiligung des Landes an den Vorhaben, sei ein Gedanke der rot/roten Regierung gewesen. Wichtig sei eine detaillierte Auflistung, in welchem Umfang, auf welcher Grundlage und mit welchen Verträgen Vattenfall zur Renaturierung und zum Ausgleich der Schäden mit entsprechender Beteiligung in der Pflicht stehe. Diese Frage werde wahrscheinlich auch beim Verkauf eine große Rolle spielen. Welche Lasten werden an den neuen Käufer übergehen. Dazu wäre eine kurze stichpunktartige Ausführung vonseiten des Ministers von Interesse.

**Minister Gerber** erklärt abschließend, dass die entsprechenden Genehmigungen für den Bau von Tagebau und Kraftwerke auf der gesetzlichen Grundlage Sanierungs- und Rekultivierungsverpflichtungen beinhalten. Diese stehen fest, unabhängig vom Eigentümer. Die formulierten Grundlagen dafür können den Abgeordneten übergeben werden. Die Entscheidung von Vattenfall zum Verkauf der Braunkohlesparte könne nicht abschließend und umfassend beantwortet werden. Dieser Prozess müsse konstruktiv und offen vom Land begleitet werden.

Der **Vorsitzende** dankt den Ausführenden für die umfassenden Stellungnahmen. Dieses Thema werde mit großer Wahrscheinlichkeit auch ein Thema in der gemeinsamen Sitzung sein. Sobald es konkretere Informationen aus Schweden gebe, werde der AWE informiert und darüber beraten.

#### **Zu TOP 8:      Verschiedenes**

##### **Zu 8.1:            Beschlussfassung gemäß §83 Satz 3 der vorläufigen GOLT über die Richtigkeit des Protokolls der 1. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie**

Das Protokoll der 1. Sitzung des AWE am 10.12.2014 wird in der vorgelegten Fassung einstimmig bestätigt.

##### **Zu 8.2:            Schreiben des Instituts für Wärme und Oeltechnik vom 7. Januar 2015**

Der **Vorsitzende** informiert, dass dieses Schreiben den Mitgliedern des AWE am 07.01.2015 als Mail zugeleitet wurde. Der Vorsitzende schlägt vor, dass er zu einem Gespräch in den Landtag einlade. Wer daran teilnehmen möchte, könne das gerne tun. Ort und Zeit des Gesprächs werden den Abgeordneten noch bekannt gegeben.

**Zu 8.3: Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie, des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landtages Brandenburg und der beiden Spiegelausschüsse des Abgeordnetenhauses von Berlin**

Der **Vorsitzende** informiert darüber, dass im AIL der Vorschlag gemacht wurde, eine gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse mit den Berliner Spiegelausschüssen in der Lausitz durchzuführen. Nach vorliegenden Informationen stehe morgen im Berliner Abgeordnetenhaus eine Abstimmung mit dem Ziel an, die Landesplanungskonferenz einzuberufen. Dabei solle das Thema Welzow-Süd aufgerufen werden, um gegebenenfalls einen weiteren Ausbau des Tagebaus Welzow-Süd zu stoppen. Da es einvernehmliche Beschlüsse in den Ausschüssen gebe, sei auch mit einem einstimmigen Beschluss im Plenum zu rechnen. Von daher erscheine es sinnvoll, vor Ort über dieses Thema gemeinsam mit den Berliner Ausschüssen zu beraten. Deshalb werde eine gemeinsame Sitzung der beiden Brandenburger und Berliner Ausschüsse vorgeschlagen.

Unklar bleibe derzeit noch, welcher Brandenburger Ausschuss die Federführung übernehmen werde. Zunächst solle erst einmal das Vorhaben angestoßen werden. Weiter erklärt der Vorsitzende, dass er sich schon der Fachkunde und logistischen Hilfe des zuständigen Ministeriums bedienen wolle, um die Organisation vor Ort zu realisieren. Zunächst werden die Abgeordneten zum angedachten Verfahren um Zustimmung gebeten. Über die Feinplanung werde der AWE auf dem Laufenden gehalten.

Abgeordnete **Schinowsky** (GRÜNE/B90) begrüßt den Vorschlag des Vorsitzenden, widerspricht den Ausführungen aber dahin gehend, dass die Berliner Kollegen nicht wissen würden, was in der Lausitz passiere. Es könne jedoch nicht schaden, sich vor Ort ein Bild zu machen und sich auszutauschen.

Der **Vorsitzende** sei gern bereit, sich korrigieren zu lassen. Natürlich werde begrüßt, wenn die Berliner Kollegen mit der nötigen Fachkunde in die Lausitz reisen.

Durch den Abgeordneten **Homeyer** (CDU) werden weitere Informationen im Zusammenhang mit der Energieversorgung in Berlin gegeben und eine gemeinsame Sitzung in Tegel vorgeschlagen und begründet und auf hinlängliche Erfahrungen aus gemeinsamen Sitzungen mit Berlin hingewiesen. Jedoch begrüße der Abgeordnete die Durchführung einer gemeinsamen Sitzung in der Lausitz.

Abgeordnete **Schinowsky** (GRÜNE/B90) ergänzt ihre Ausführungen mit einem perspektivischen Ausblick auf das Kraftwerk Klingenberg.

Abgeordneter **Barthel** (SPD) regt an, dass sich Berlin auch dem erweiterten Nachtflugverbot anschließen solle. Eine gemeinsame Sitzung mit den Berliner Ausschüssen werde begrüßt und unterstützt.

Der **Vorsitzende** fasst die Diskussion dahin gehend zusammen, dass es im AWE Konsens darüber gebe, eine gemeinsame Sitzung durchzuführen.

Mit dem Vorsitzenden des AIL werde eine Abstimmung bezüglich der Federführung erfolgen. Ein Termin könne derzeit noch nicht benannt werden, da die Umsetzung dieser gemeinsamen Sitzung eines hohen organisatorischen Aufwands bedürfe.

**Zu 8.4: Bericht des Ministers für Wirtschaft und Energie in Bezug auf die erfolgreiche Bundesratsinitiative der Länder Brandenburg und Baden-Württemberg zum Deutschen Filmförderpreis**

**Minister Gerber** informiert die Mitglieder des Ausschusses darüber, dass der Film „Grand Budapest Hotel“ den Preis für die beste Komödie in den Vereinigten Staaten gewonnen habe. Das sei ein Ausdruck dafür, dass der Standort Berlin-Brandenburg der international am stärksten ausgerichtete sei und dem Anspruch gerecht werden könne. Der Deutsche Filmförderfonds war und ist gut angelegtes Geld, der an Regionaleffekten ein Vielfaches in die Region zurückbringe. Deshalb begrüße der Minister die Initiative, die im Bundesrat mit Unterstützung von Baden-Württemberg eine Mehrheit gefunden habe, und die Bereitschaft des Bundeswirtschaftsministeriums, eine Titelumschichtung von seinem Haus in das Ressort der Bundeskulturbeauftragten vorzunehmen. Es werde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass wieder eine Summe von 60 Millionen Euro erreicht werde, die es schon gegeben habe. Vielleicht wäre auch wieder eine Summe von 70 Millionen Euro möglich. Diese Thematik sollte im AWE auch deshalb beraten werden, weil sich der Minister die Unterstützung der Abgeordneten aus dem Land oder Bundestag erhoffe.

Da es keine weiteren Rückfragen gebe, schließt der **Vorsitzende** die heutige Sitzung und dankt den Abgeordneten und Gästen für die Teilnahme.

*(Dieses Protokoll wurde durch Beschluss des Ausschusses gemäß § 83 Satz 3 GOLT in der 3. Sitzung am 4. März 2015 bestätigt.)*

**Anlagen**

Anlage 1: Zuarbeit MWE (zu TOP 3)

Anlage 2: Zuarbeit MWE (zu TOP 6)



## 2. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie am 14.01.2015

### Vorabinformation des Ministeriums für Wirtschaft und Energie zum Vergabegesetz



Der Ausschuss bittet um einen Bericht zu den folgenden Punkten:

- Einschätzung der Einhaltung der gesetzlichen Regelungen,
- Einschätzung zu den bürokratischen und finanziellen Belastungen,
- Darstellung des Mittelabrufs der Kommunen im Vergleich zu den eingeplanten Mitteln,
- Einschätzung der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

#### a) Einschätzung der Einhaltung der gesetzlichen Regelungen

Zur Frage, wie die Landesregierung die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen einschätzt, verweist sie auf die Evaluierung des Vergabegesetzes. Der Evaluationsbericht hat aufgezeigt, dass die öffentlichen Auftraggeber ihrer Verpflichtung aus § 3 BbgVergG nachkommen und die Auftragnehmer zur Einhaltung der Mindestentgeltvorgaben zivilvertraglich verpflichtet. Nach Auffassung der Landesregierung wird damit das wesentliche Ziel des Vergabegesetzes erreicht.

Im Rahmen der Evaluierung hat sich jedoch auch ergeben, dass ein Vollzugsdefizit hinsichtlich der Durchsetzung der Vorgaben zum Mindestarbeitsentgelt und zur Tariftreue der Auftragnehmer besteht. Arbeitsentgeltkontrollen werden selten oder nie durchgeführt, ebenso wie Vor-Ort-Kontrollen. So gaben 78% der Vergabestellen der Landesverwaltung an, Arbeitsentgeltkontrollen nie durchzuführen. Bei den kommunalen Auftraggebern waren es noch 25%. Dementsprechend gaben auch 49% der Auftragnehmer an, dass bei ihnen noch nie Kontrollen durchgeführt worden seien. Entsprechend der zu geringen Durchführung von Kontrollen wurden bisher auch kaum Vertragsstrafen verhängt oder eine Kündigung ausgesprochen. Auch Ausschlüsse von Vergabeverfahren kamen bislang selten oder nie vor. Es wurden auch kaum Eintragungen in die Listung von Auftragssperren vorgenommen (derzeit liegen zwei Eintragungen vor). Der geringen Kontrolldichte geschuldet ist auch der Umstand, dass 58% der Auftragnehmer davon ausgehen, dass es eine große Dunkelziffer gebe, die die Höhe der Mindestarbeitsentgelte nicht einhalten. Ob diese Vermutung tatsächlich zutrifft, vermag die Landesregierung nicht abschließend einzuschätzen. Sie geht allerdings davon aus, dass sich Unternehmen rechtsreu verhalten.

Ziel der Landesregierung ist nach wie vor, bei allen öffentlichen Auftraggebern das Bewusstsein zu schaffen, dass der Sinn und Zweck des Vergabegesetzes letztlich der gesamten Gesellschaft zugutekommt und auch die Wirtschaft vor Dumpingangeboten konkurrierender Unternehmen schützt.

#### b) Einschätzung zu den bürokratischen und finanziellen Belastungen

Der Vollzug des Vergabegesetzes führt ausweislich des Evaluationsberichts zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand. 61% der Vergabestellen der Landesverwaltung und 31% der kommunalen Auftraggeber gaben an, der Verwaltungsaufwand habe sich geringfügig erhöht. 63% der Vergabestellen der Landesverwaltung und 35% der kommunalen Auftraggeber gaben an, der Verwaltungsaufwand habe sich sogar stark erhöht. Erstaunlich an dieser Aussage ist, dass 63% der Vergabestellen der Landesverwaltung angaben, der Verwaltungsaufwand solle sich stark erhöht haben, obwohl gleichzeitig 78% dieser Vergabestellen angaben, Kontrollen nie durchzuführen. Auch seitens der Auftragnehmer wurde ein erhöhter bürokratischer Aufwand festgestellt.

Eine konkrete quantitative Einschätzung des durch den Vollzug des Vergabegesetzes erhöhten Verwaltungsaufwands ist nicht möglich. Hierzu fehlt es an Berechnungsmodellen und entsprechenden Erhebungen. Anhaltspunkte für eine Einschätzung in einem einzelnen Vergabeverfahren können die in der Durchführungsverordnung zum Vergabegesetz angesetzten Zeitwerte sein (vgl. Anhang zur Brandenburgisches Vergabegesetz-Erstattungsverordnung). Hierzu ist allerdings anzumerken, dass die Zeitwerte recht großzügig angesetzt sind. Eine Gesamteinschätzung ist aber nicht möglich, weil eine statistische Gesamterfassung aller durchgeführten Vergabeverfahren nicht erfolgt.

Mangels quantitativer Erhebungen des erhöhten Verwaltungsaufwands ist eine abschließende Aussage zu den finanziellen Belastungen nicht möglich. Die Landesregierung geht davon aus, dass die finanziellen Belastungen der kommunalen Auftraggeber durch die Kostenerstattung nach § 14 BbgVergG ausgeglichen werden. Insofern dürfte es im Hinblick auf die erstattungsfähigen Kosten keine finanzielle Mehrbelastung geben. Im Hinblick auf die Landesverwaltung gilt, dass eine gesonderte Erfassung eines erhöhten Verwaltungsaufwands nicht erfolgt (s.o.).

#### c) Darstellung des Mittelabrufs der Kommunen im Vergleich zu den eingeplanten Mitteln

Im Haushalt 2014 waren im Kapitel 08 020 Titel 633 10 - Erstattungen an die Kommunen (Vergabegesetz) - wie im Vorjahr 10.000.000 Euro angesetzt.

Die Anträge der Kommunen hatten nach hiesigen Aufzeichnungen bis Ende 2013 einen Umfang von 706.827,39 Euro und im Jahr 2014 von 599.378,07 Euro, zusammen also 1.306.205,46 Euro.

#### d) Einschätzung der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Die Landesregierung vermag nicht einzuschätzen, ob das Vergabegesetz Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat. Auch insoweit fehlt es an Berechnungsmodellen und entsprechenden Erhebungen.



LAND BRANDENBURG

Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg

Landtag Brandenburg  
Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und  
Energie  
Herrn Ralf Holzschuher, MdL  
Alter Markt 1  
14467 Potsdam

Anlage 2

Ministerium für Wirtschaft  
und Energie  
Der Minister

EINGEGANGEN

6/9 03. FEB. 2015

Erledigt

*kl. Vert. Rf*  
*elektronisch*

Heinrich-Mann-Allee 107  
14473 Potsdam

Telefon : (0331) 866 - 1500

Telefax: (0331) 866 - 1724

Internet: [www.mwe.brandenburg.de](http://www.mwe.brandenburg.de)

Potsdam, 30. Januar 2015

**Nachbereitung zur 2. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie  
am 14.01.2015**

Thesenpapier zu den Inhalten, der Steuerung und der Struktur des RWK-  
Prozesses in der 6. Legislaturperiode

Anlage

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der 2. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie am 14. Januar 2015  
hatte ich unter TOP 6 zugesagt, dem Ausschuss ein Thesenpapier zu den Inhal-  
ten, der Steuerung und der Struktur des RWK-Prozesses in der 6. Legislaturperio-  
de zur Verfügung zu stellen. Anbei sende ich Ihnen das Thesenpapier.

Mit freundlichen Grüßen

*U. Faber*  
Albrecht Gerber



## Thesepapier zu den Inhalten, der Steuerung und der Struktur des RWK-Prozesses in der 6. Legislaturperiode

Der Koalitionsvertrag enthält folgende Festlegungen zum RWK-Prozess in der 6. Legislaturperiode:

- Der RWK-Prozess wird fortgesetzt.
- Die RWK sollen in der in der jetzigen Zusammensetzung beibehalten werden. Daraus folgt: Eine erneute Evaluierung des RWK-Prozesses ist nicht vorgesehen.
- Die Kooperation mit Kommunen in der direkten Nachbarschaft soll weiter ausgeweitet und noch mehr in den Mittelpunkt der Arbeit gerückt werden.
- Sowohl bei der regionalen (RWK) als auch bei der sektoralen Förderpolitik sollen die Instrumente enger miteinander verzahnt werden.

Um diese Aufträge zielgerichtet umzusetzen und unter Berücksichtigung der in den vergangenen Jahren in der Zusammenarbeit gemachten Erfahrungen, werden für die Arbeit in der 6. Legislaturperiode folgende Festlegungen getroffen:

- 1) Die Steuerung des RWK-Prozess erfolgt weiterhin durch die IMAG Integrierte Standortentwicklung (IMAG ISE). Den Vorsitz der IMAG ISE übernimmt das MWE. Die Staatskanzlei bleibt Mitglied der IMAG ISE. Der Zuständigkeitswechsel soll für noch mehr Umsetzungsorientierung und eine stärkere Verknüpfung von regionaler und sektoraler Förderpolitik genutzt werden.
- 2) Die Eigenverantwortung der RWK ist ein wichtiger Impulsgeber und Garant für engagierte Arbeit vor Ort. Sie weiter zu stärken, soll eine der Leitlinien der weiteren Zusammenarbeit sein.
- 3) Die Ziele des RWK-Prozesses wurden 2005 erstmalig formuliert und 2010 bestätigt. Sie lauteten bislang:
  - a. Durch die Stärkung von arbeitsplatzschaffenden Wachstumskernen die Abwanderung verringern und damit der demografischen Entwicklung entgegen zu steuern,
  - b. die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit in Brandenburg dadurch besser zu bekämpfen, dass den hier ansässigen oder ansiedlungswilligen Unternehmen passgenauere Investitionsbedingungen und attraktivere Standorte angeboten werden,
  - c. die bereits ab 2007 sinkenden Mittel des Landes (u.a. Strukturfonds und Zuweisungen des Bundes) effizienter einzusetzen.

Diese Ziele des RWK-Prozesses sollen unter Berücksichtigung des landesweit und in den RWK zwischenzeitlich erreichten Arbeits- und Entwicklungsstandes zeitgemäßer und wie folgt formuliert werden:

- a. Attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen im ganzen Land durch Stärkung von Regionalen Wachstumskernen schaffen, um vorhandene Arbeitskräfte zu halten und auch durch Zuwanderung neue zu gewinnen;
- b. Ansässigen und ansiedlungswilligen Unternehmen passgenaue Investitionsbedingungen und attraktive Standorte anbieten;
- c. Fachkräfte aus- und weiterbilden;
- d. Kommunale Ressourcen durch Stadt-Umland-Kooperationen optimal nutzen;

- e. Finanzielle Mittel, die dem Land zur Verfügung stehen, effizient einsetzen.

Die vorgeschlagene Modifikation soll dazu dienen, noch stärker als bisher die Verantwortung und Motorfunktion der RWK für die wirtschaftliche Entwicklung und die Attraktivität des Landes (sowohl bzgl. der Arbeits-/Fachkräfte als auch der Investoren) zum Ausdruck zu bringen und soll auch die Bedeutung der RWK-Umlandkooperation erneut unterstreichen.

2011 hatte das Kabinett entschieden, die seit 2005 praktizierte Zusammenarbeit zwischen IMAG und RWK im Wesentlichen zu bestätigen. Neu eingeführt wurde damals eine strengere qualitative Bewertung von neu vorgeschlagenen Maßnahmen, die Vorgabe der Querschnittsthemen Umlandkooperation, Fachkräftesicherung und Innovationsförderung und die Weiterführung einer Workshopreihe zum Erfahrungsaustausch zwischen den RWK.

Vorgeschlagen wird, die neue Legislaturperiode für eine Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen IMAG und RWK zu nutzen. Die inhaltliche Zusammenarbeit mit den RWK soll noch stärker als bisher auch außerhalb der regelmäßigen Sitzungen erfolgen, das Berichtssystem soll gestrafft, die Anforderungen an neue Maßnahmen sollen erhöht und offene Maßnahmen der Vorjahre müssen noch schneller als bisher so qualifiziert werden, dass sie dem Kabinett zur Entscheidung vorgelegt werden können. Im Einzelnen:

- 4) Beibehalten werden sollte der jährliche Statusbericht inklusive aktualisierter Maßnahmebögen der RWK an die IMAG zur Kontrolle und Rechenschaft über den Prozess. Die RWK sollen hierbei auch regelmäßig über den Arbeitsstand bei den Schwerpunktthemen berichten.
- 5) Die bislang jährlichen „Herbstgespräche“ der IMAG mit den RWK sollen auf einen zweijährigen Turnus umgestellt werden. In den „Zwischenjahren“ können bei Bedarf die IMAG oder einzelne Ressortvertreter von den RWK konsultiert werden. Die IMAG wird die angesprochenen Themen im Rahmen ihrer turnusmäßigen Sitzungen behandeln.
- 6) Des Weiteren sollen in den „Zwischenjahren“ Workshops zum fachlichen Austausch zwischen den RWK organisiert werden. Thematisch sollen hierbei weiterhin die Schwerpunktthemen des RWK-Prozesses (Umlandkooperation, Fachkräftesicherung, Innovationsförderung) im Mittelpunkt stehen.
- 7) Dem neuen Gesprächsrhythmus folgend, wird auch das Berichtssystem an das Kabinett verändert werden. Die jährlichen Berichte sollten knapper gefasst werden, das Kabinett lediglich über neue Maßnahmen entscheiden.
- 8) Auch zukünftig sollten die Kernindikatoren des RWK-Prozesses (Arbeitsplatzdichte, Pendlersaldo, Beschäftigungsentwicklung und Bevölkerungsentwicklung) jährlich erhoben werden. Die Nutzung der Indikatoren dient der langfristigen Prozessbewertung und der kontinuierlichen Information des Landtags. Neben der Betrachtung gravierender Einzelabweichungen werden weiterhin mehrjährige Tendenzen zusammen mit den RWK ausgewertet.
- 9) Um den Aufwand für statistische Erfassungen zu reduzieren, sollen die Texte der Maßnahmebögen kurz gefasst, erkennbar aktualisiert und insbesondere der Bereich des Unterstützungsbedarfs durch die Landesregierung präziser formuliert und dem jeweils erreichten Projektstand angepasst werden.

- 10) Der Fördervorrang für durch die Landesregierung beschlossene prioritäre Vorhaben der RWK soll erhalten bleiben, da er die herausgehobenen Entwicklungsmöglichkeiten sichert.
- 11) Der Stadt-Umland-Wettbewerb (SUW) bietet insbesondere für die Umlandkooperation zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten. Landeseitig muss sichergestellt werden, dass die RWK angemessen an den Fördermöglichkeiten des SUW partizipieren können.
- 12) Die Gespräche der IMAG mit den RWK sollten auf die vom Kabinett beschlossenen prioritären Maßnahmen sowie neue Maßnahmen konzentriert werden. Falls eine neue Maßnahme innerhalb von zwei Jahren nicht bis zur IMAG-Empfehlung an das Kabinett, diese als prioritäre Maßnahme zu beschließen, qualifiziert werden kann, wird sie nicht wieder aufgerufen.
- 13) Entsprechend soll mit den aktuell vorhandenen Maßnahmen im sogenannten Prüfungs- und Konkretisierungsstatus verfahren werden. Für neue Maßnahmen sollten weiter die vom Kabinett beschlossenen Qualitätskriterien gelten.
- 14) Die Landesregierung unterstützt die Bearbeitung der Schwerpunktthemen weiterhin und bietet u.a. Fach-Workshops an. Aus Sicht der IMAG ist die weitere Entwicklung der Schwerpunktthemen über die Berichtspflicht der RWK dokumentierbar.
- 15) Die Abstimmung zwischen RWK und Ressorts bei Aktivitäten des Marketings und der Öffentlichkeitsarbeit sollte intensiviert werden.